

Wahlprüfsteine Brot für die Welt Jugend - Antworten FREIE WÄHLER

1. **Integration von Asylsuchenden:** Für Asylsuchende ist Erwerbsarbeit ein wichtiger Schritt der gesellschaftlichen Integration. Wie können Asylsuchende schneller und erfolgreicher in bezahlte Arbeit vermittelt werden? Wie will Ihre Partei die Integration von Asylsuchenden in der EU insgesamt verbessern?

Uns ist bewusst, dass viele zugewanderte Menschen, die heute in Deutschland ansässig sind, auf Dauer auch bleiben werden. Aus diesem Grund wollen wir sowohl die Integration von zugewanderten Fachkräften als auch die Eingliederung von sonstigen Migranten in Arbeitsmarkt und Gesellschaft intensiver fördern (z. B. durch verpflichtende Deutsch- und Eingliederungskurse), aber auch Integrationsleistungen der Beteiligten verpflichtend fordern. Dies soll unabhängig von unseren Forderungen nach besserem Grenzschutz, Rückführung oder schnelleren Asylverfahren geschehen, um nicht langfristig Parallelgesellschaften zu schaffen, die eine große Gefahr für den sozialen Frieden darstellen.

2. **Lager an EU-Außengrenzen:** Möchte Ihre Partei an der Praxis festhalten, Asylsuchende aus sogenannten sicheren Herkunftsländern an den europäischen Außengrenzen in Lagern unterzubringen, bis über ihren Asylantrag entschieden ist?

Wir wollen die Asyl- und Migrationspolitik reformieren. Es gilt anzuerkennen, dass das Dublin-Abkommen gescheitert ist. Eine zwangsweise Umverteilung der Asylbewerber auf alle EU-Mitgliedsstaaten lehnen wir ab. Die Einordnung der Herkunftsländer in sichere und unsichere Drittstaaten muss gemeinsam erfolgen. Die Asylverfahren sind primär an den EU-Außengrenzen binnen Tagen in EU-Institutionen durchzuführen. Dafür sind die Antragsteller in menschenwürdigen Wohnsiedlungen nahe den EU-Außengrenzen unterzubringen. Die gesamte Finanzierung und Durchführung hat durch die EU zu erfolgen. Auf die Belange der Einwohner der Grenzgebiete ist maximal Rücksicht zu nehmen.

3. **„Migrationspartnerschaften“:** Wie steht Ihre Partei zu den EU-Geldern, welche im Rahmen von „Migrationspartnerschaften“ an autoritäre Regierungen im Nahen Osten und Nordafrika ausgezahlt werden, um Flüchtlinge - bei Missachtung der Genfer Flüchtlingskonvention - an der Einreise in die EU zu hindern?

Wir wollen legale Wege der Einreise für Menschen in die EU schaffen, die wir in Europa benötigen und die sich hier integrieren wollen. Asylanträge müssen schon vor einer Überfahrt nach Europa gestellt und geprüft werden können. Illegaler Einwanderung sowie dem menschenverachtenden Geschäftsmodell der Schlepper ist der Boden zu entziehen. Europa soll dabei die Ablegestaaten bei ihren Grenzschutzaktivitäten partnerschaftlich unterstützen. Zahlungen für völkerrechtskonformes Verhalten der Herkunftsländer sind dabei nur als Ausnahme anzudenken und es ist darauf zu achten, dass EU-Gelder dort nicht versickern, sondern an zuverlässige Hilfsorganisationen vor Ort fließen.

4. **Tierschutz:** Wie beabsichtigt Ihre Partei, den Tierschutz in Europa zu fördern? Setzen Sie sich dafür ein, dass EU-Fonds für Naturschutzmaßnahmen (v.a. ELER) finanziell deutlich besser ausgestattet werden?

Tierwohl in der Landwirtschaft darf nicht durch Verdrängung der Tierhaltung ins außereuropäische Ausland verringert werden. Innerhalb der EU müssen dieselben Haltungsstandards gelten. Nationale Alleingänge müssen verhindert werden. Wir wollen keine Lebendtiertransporte von Schlachtvieh, die europäische Außengrenzen überschreiten. Wir setzen uns für den Erhalt und Ausbau regionaler Schlachtstätten und eine Überarbeitung der EU-Standards für diese Schlachthöfe ein, um möglichst kurze Tiertransporte zu gewährleisten. Auch die Weideschlachtung muss vereinfacht möglich werden.

5. **Lieferkettengesetz:** Das Lieferkettengesetz soll die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards in den Lieferketten europäischer Unternehmen regeln. Was werden Sie für eine wirksame Umsetzung und eine Ausweitung des Geltungsbereiches des Gesetzes tun?

Als EU ist es zentral, dass wir uns nicht nur für die Rechte der Arbeitnehmer in unseren Mitgliedstaaten einsetzen, es muss auch bei der Forderung nach Transparenz in internationalen Lieferketten einen Schritt nach vorne gemacht werden. Internationale Handelspartner wie China müssen zur Verantwortung gezogen werden und betroffene Großunternehmen wie Volkswagen müssen aktive Maßnahmen ergreifen, um grundlegende Menschenrechte zu gewährleisten und sich von der Mitschuld an der Förderung der modernen Sklaverei durch Zwangsarbeit zu distanzieren.

Das beschlossene Lieferkettengesetz kann einen wichtigen Beitrag zur Wettbewerbsgleichheit leisten. Dafür sind jedoch verbindliche und nachvollziehbare Richtlinien für Unternehmen erforderlich, wann die unternehmerische Sorgfaltspflicht in Bezug auf Zulieferer und Lieferketten erfüllt ist. Dort, wo Unternehmen jedoch keinen Einfluss auf die einzelnen Arbeitsschritte haben, halten wir eine formale Haftung der Unternehmen für nicht umsetzbar. Gerade im Bereich Umwelt und Unternehmensführung fehlen bisher internationale Standards. An dieser Stelle sollten nicht Unternehmen in die Pflicht genommen werden, europäische Standards andernorts zu etablieren. Es ist vielmehr die Aufgabe der Kommission und der Mitgliedsstaaten, auf internationale Standards hinzuwirken.

6. **EU-weite Bahnreisen:** Eine internationale Bahnreise zu buchen, ist noch immer kompliziert und Fahrgastrechte wie die Garantie des Anschlusszuges gelten nicht für die Gesamtstrecke. Wie werden Sie zuverlässigen Schienenverkehr fördern? Setzen Sie sich z.B. für eine europäische Buchungsplattform ein?

Wir unterstützen den Ausbau eines schnellen Schienenverkehrs zwischen den europäischen Metropolen. Gute Taktungen und Nachtverbindungen sollen eine echte Alternative zum Flugverkehr bieten. Wir setzen uns für die Schaffung eines europäischen Verkehrsverbundsystems ein, das den Kauf von grenzübergreifend gültigen Tickets vereinfacht und Abos ermöglicht (Bahncard Europa).

7. **Konfliktmineralien:** Ruanda gehört zu den wichtigsten Coltan-Exporteuren der Welt, obwohl es über keine Coltan-Vorkommen verfügt. Es beutet die Coltan-Vorkommen aus der Kriegsregion DR Kongo aus. Wie kann die EU durch ihre Gesetzgebung den Import von Mineralien aus Kriegsregionen unterbinden?

Wir wollen entschieden gegen die Verwendung von Bodenschätzen aus Konflikt- oder Hochrisikoregionen vorgehen. Die EU-Verordnung zum Handel mit Konfliktmineralien bietet einen guten Rahmen und muss von den Mitgliedsstaaten konsequent umgesetzt werden. Wir wollen uns zusätzlich für eine Abschaffung der Freigrenzen und die Ausweitung auf die gesamte Lieferkette einsetzen.

8. **Außenpolitische Verantwortung:** Warum werden die Kriege und Krisen, die verschiedene Regionen der Welt erschüttern (z.B. Gaza, Sahelzone, Sudan, Ukraine) von den EU-Ländern so unterschiedlich behandelt? Warum sind die europäischen Länder nicht verantwortlich für die Instabilität, die sie durch ihr (Nicht-)Handeln verursachen?

Wir stehen für eine wertebasierte Außen- und Handelspolitik, die hohe Standards und die Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen zur Basis des gemeinsamen Handels macht. Wir treten ein für Wachstum, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit.

Eine wertebasierte Neubegründung der europäischen Handelspolitik wollen wir insbesondere im Handel mit Afrika erreichen. Handels- und Fischereiabkommen, die Armut und Elend verursachen und damit die wachsende Migration nach Europa befördern, müssen endlich von fairen und nachhaltigen Abkommen abgelöst werden. Die privatwirtschaftlichen Gewinne, die aktuell im afrikanischen Raum durch unfaire Handelspraktiken erzielt werden, stehen in keinem Verhältnis zu den gesellschaftlichen Kosten des steigenden Migrationsdrucks auf Europa.

Regimewechsel der vergangenen Jahre stürzten viele Länder ins Chaos. Europa muss hier mit einer verlässlichen Außenpolitik Vermittler und Ratgeber sein. Wir verfolgen eine Stabilisierung der betroffenen Gebiete. Hierfür wollen wir die bestehenden europäischen Kontakte in die Zivilgesellschaften der betroffenen Länder nutzen, um sie auf dem Weg zu einer freiheitlichen Ordnung zu unterstützen. Unsere Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Grundrechte können und wollen wir nicht von oben verordnen, sie müssen von unten gelebt werden.